



PRESSEMITTEILUNG

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wissenschaftskommunikation
Dr. Eva Maria Wellnitz
Telefon: +49 621 383-71115
Telefax: +49 621 383-71127
eva.wellnitz@medma.uni-heidelberg.de

20. Februar 2025

Verbot von Junkfood-Werbung für Kinder findet breiten Rückhalt in der Bevölkerung

Studie an der Medizinischen Fakultät Mannheim zeigt hohe Akzeptanz ernährungspolitischer Maßnahmen in der deutschen Bevölkerung

Wissenschaftlich fundierte ernährungspolitische Maßnahmen können bei der Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten einen wichtigen Beitrag leisten. In der Bevölkerung gibt es für solche Maßnahmen, wie die Einführung eines Verbots von an Kinder gerichteter Fast-Food-Werbung, eine große Zustimmung. Das hat Marike Andreas gemeinsam mit ihren Kolleg:innen aus der Abteilung Public Health, Sozial- und Präventivmedizin an der Medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg in einer Studie gezeigt, die aktuell im Journal of Health Policy erschienen ist.

In einer repräsentativen online-Umfrage haben die Forschenden 2000 Personen zu ihrer Haltung zu ernährungspolitischen Maßnahmen befragt. Die Mehrheit der Befragten akzeptierte die vorgeschlagenen Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung eines kostenlosen Schulessens (84 % Akzeptanz) und die Einführung eines Verbots von an Kinder gerichteter Werbung für sogenanntes Junkfood, also Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt (71 %).

Selbst einschneidendere ernährungspolitische Maßnahmen, wie eine Zuckersteuer, wurden von der

Foto



© Adobe Stock

Publikation

Marike Andreas, Anna K. Kaiser, Raenhha Dhami, Vincent Brugger, Falko F. Sniehotta

How beliefs and policy characteristics shape the public acceptability of nutritional policies—A survey study in Germany.

Health Policy, Volume 152: 2025.

DOI:

<https://doi.org/10.1016/j.healthpol.2024.105221>

Wissenschaftlicher Kontakt

Marike Andreas M. Sc.
Telefon 0621 383-71814

marike.andreas@medma.uni-heidelberg.de

Universitätsmedizin Mannheim
Medizinische Fakultät Mannheim
Theodor-Kutzer-Ufer 1-3
68167 Mannheim
www.umm.uni-heidelberg.de

Mehrheit der an der Befragung Teilnehmenden angenommen (52 %). Nur zwei Maßnahmen wurden nicht von einer Mehrheit akzeptiert: eine Erhöhung der Steuer auf tierische Lebensmittel (36 %) und ein ausschließlich vegetarisches Essensangebot in öffentlichen Gemeinschaftseinrichtungen (44 %).

Das Ergebnis zeigt, dass Maßnahmen, die zu einer gesünderen Ernährung der Bevölkerung beitragen sollen, in der Bevölkerung mehr Rückhalt finden, als oft angenommen wird. „Im öffentlichen und politischen Diskurs wird die Akzeptanz solcher Maßnahmen oft als gering eingeschätzt. Unsere Studie hat jedoch ergeben, dass dies nicht der Fall ist“, sagt dazu Marike Andreas, die die Studie durchgeführt hat.